

Wenn aus Wind plötzlich Gas wird

Weil der Widerstand gegen Stromleitungen wächst, könnte Gas trotz postulierter CO₂-Freiheit Zukunft haben. „Grüner“ Windstrom, umgewandelt in Gas, ließe sich dank der vorhandenen Pipelines relativ einfach verteilen.

Günther Strobl

Wien – Die Halbwertszeit fossiler Energieträger wie Öl, Gas und Kohle ist dramatisch gesunken. Nicht weil die Vorräte rascher als gedacht zu Ende gingen – im Gegenteil. Gerade bei Öl konnten dank Frackings viele neue Reserven angezapft werden. Vielmehr sind es die Beschlüsse der Weltklimakonferenz von Paris, welche die Unterzeichnerstaaten bis etwa 2050 zum Ausstieg aus der Kohlenstoffwirtschaft verpflichten.

Entsprechend groß ist die Nervosität in der Gasindustrie. Zumindest Teile der viele Milliarden Dollar schweren Branche könnten aber dennoch Zukunft haben.

„Jetzt gibt es zwei Welten nebeneinander. Auf der einen Seite die Strom-, auf der anderen die Gaswirtschaft“, sagte Christoph Riechmann, Energieexperte von Frontier Economics, einer mitarbeitergeführten Beratungsfirma mit Zweigstellen in Brüssel, Dublin, Köln, London und Madrid. „Der Gaswirtschaft blüht nach einer Übergangszeit, in der Erdgas noch als Brückentechnologie Verwendung findet, das Aus.“

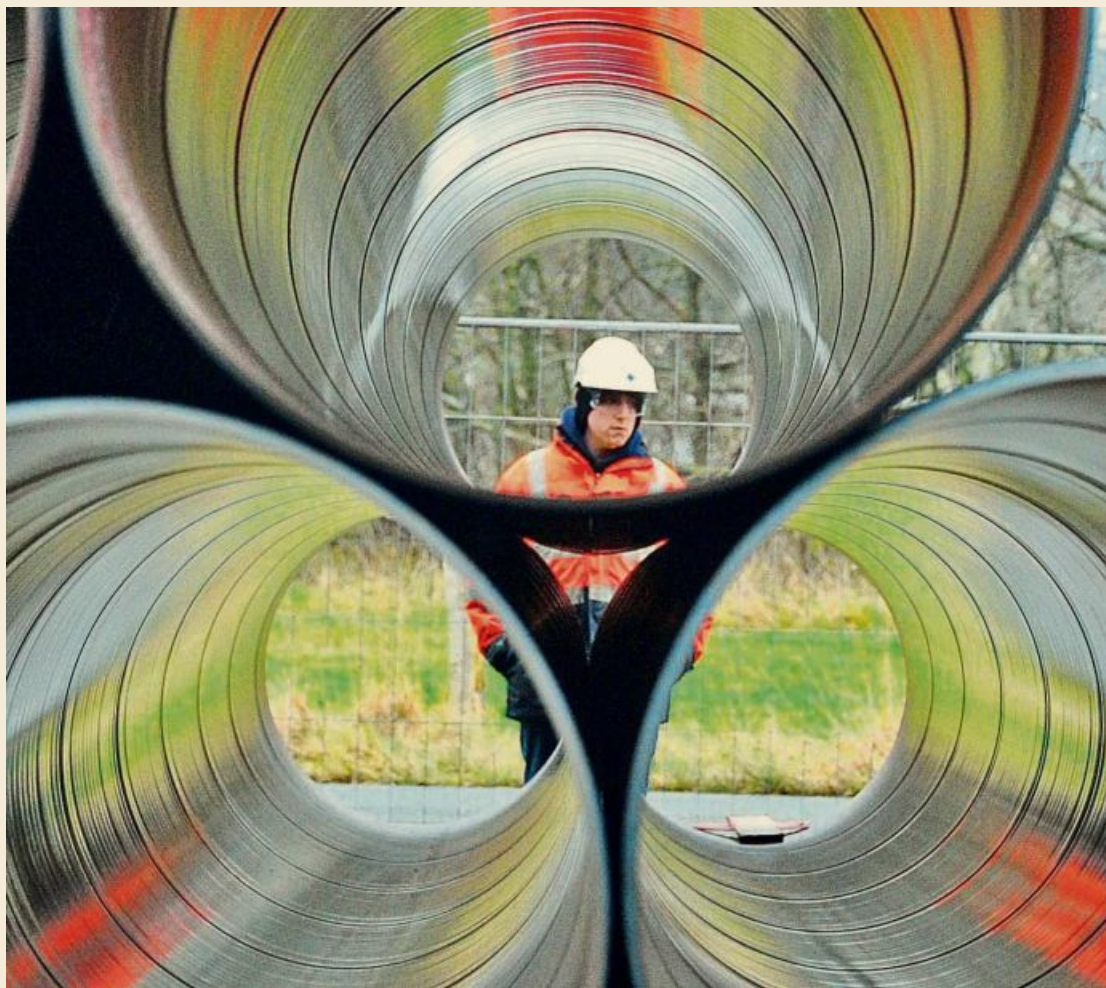
Diese Lücke soll nach derzeitigem Stand die Strombranche füllen. Elektrifizierung in großem Stil lautet die Losung – von Mobilität bis Raumwärme.

Grenzen des Stroms

„Nur – dieses Vorhaben stößt jetzt schon an Grenzen“, so Riechmann im STANDARD-Gespräch. „Man denke nur an die heftigen Widerstände, die es gegen den Ausbau des Leitungsnetzes gibt.“ Das sei aber nur ein Vorgeschmack auf das, was noch blühe, wenn man die Pläne zu Ende denke.

„Würde die Voest ihre gesamte Energieversorgung auf Strom umstellen, müsste sie zu den derzeit benötigten rund 1,2 Terawattstunden (TWh) zusätzlich 33 TWh Strom pro Jahr beziehen“, sagte der ehemalige Chef der Regulierungsbehörde E-Control, Walter Boltz, der jetzt als Berater unter anderem auch für Frontier Economics tätig ist. Das entspräche 50 Prozent von dem, was Österreich derzeit an Stromverbrauch hat.

Um 33 TWh zur Voest nach Linz zu bringen, müssten sechs bis acht Hochspannungsleitungen gebaut werden, die den Strom aus Regionen mit viel erneuerbarer Energie zum Stahlstandort bringen. „Selbst im optimistischsten Fall ist es kaum denkbar, dass so etwas



Rohre für den Pipelinebau: Zigtausende Kilometer Gasleitungen sind in Europa bereits vergraben. Dieses Netz sollte man auch nach vollzogener Energiewende nützen, sagen Experten.

in überschaubarer Zeit realisiert werden kann“, sagte Boltz.

Daraus sei die Idee entstanden: Warum nutzen wir nicht die Gasinfrastruktur, die bereits vorhanden ist, zum Transport von Energie, auch und vor allem für überschüssigen Windstrom, den man in synthetisches Gas umwandeln könne, sagte Riechmann.

Der Charme bestehe darin, dass in Europa in den vergangenen Jahrzehnten mit Milliardenaufwand ein viele Zigtausende Kilometer umfassendes Gasleitungsnetz errichtet wurde. Trotz Verlusten bei der Umwandlung von Strom aus Windkraft oder Fotovoltaik mittels

Elektrolyse in Wasserstoff und auf chemischem oder biologischem Wege weiter zu synthetischem Gas falle dies nicht so stark ins Gewicht.

Wirtschaftlichkeit

„Wenn es einen Überschuss an erneuerbarer Energie gibt, drückt das den Preis. Fallweise gibt es sogar Geld dafür, dass man den Strom in Zeiten von Angebotsspitzen abnimmt“, sagte Riechmann. Dann rechnet sich das auch.“

Am Bestimmungsort könne das Gas theoretisch wieder rückverwandelt werden in Strom. Besser, weil effizienter sei es aber, die be-

stehenden Gasthermen weiter zu betreiben. Der Gasvertrieb könne ein „grünes“, weil CO₂-frei hergestelltes Produkt vermarkten, und auch die Pipelinebetreiber hätten, anders als die traditionellen Gasproduzenten, eine Perspektive.

Boltz und Riechmann plädieren dafür, Gasnetzbetreiber in die Lage zu versetzen, in industriellem Maßstab mit der „Power to Gas“ genannten Technologie zu experimentieren. Die strikte Trennung von Produktion, Netz und Vertrieb (Unbundling) sei dabei ein Hindernis. Das Regelwerk, das früher richtig war, sollte angepasst werden, meint Boltz.

EDV-Deal von Raiffeisen: „Wo ist das Loch?“

Handelsgericht verhandelt Syscom-Verkauf – Blanke Nerven vor Vertragsabschluss

Renate Graber

Wien – Der Streit um den Verkauf der raiffeiseneigenen IT-Gesellschaft Syscom an die Spot AG (heute: GmbH) ist am Dienstag in die nächste Runde gegangen. Am Handelsgericht Wien fand eine Tagsatzung statt, die ganz im Zeichen des Gerichtsgutachters stand, des Wiener Wirtschaftsprüfers Werner Festa von Interfides.

Die Vorgeschichte: 2007 hat Spot der Raiffeisen Informatik BeteiligungsgmbH (RIB) die Syscom um einen symbolischen Euro abgekauft. Die Bilanz 2006 wurde

von der KPMG mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehen. Unter anderem berief sich der Prüfer auf eine Patronatsklärung der RIB, wonach sie das negative Syscom-Eigenkapital (1,6 Mio. Euro) sowie allfällige Verluste 2007 und 2008 abdecken werde. Die Patronatsklärung sollte maximal zwei Jahren gelten und bei einem Eigentümerwechsel erlöschen. Die Sache endete böse: Syscom landete 2009 im Konkurs und nach einem Zwangsausgleich bei einem Investor.

Spot (bzw. Eigentümer Thomas Scheiner) fühlt sich über den Tisch gezogen und hat RIB und KPMG auf 2,1 Mio. Euro geklagt.

Beim jüngsten Gerichtstermin ging es zunächst um eine etwaige Befangenheit von Gutachter Festa – was dieser unter Hinweis auf einen STANDARD-Bericht thematisierte. Seine Interfides ist nämlich bei der Fusion RZB-Raiffeisen Bank International Verschmelzungs- und Sacheinlagenprüfer. Festa und die Streitparteien kamen, flapsig gesagt, zum Schluss, dass sich dieses Mandat mit jenem rund um Syscom nicht schneidet.

Hier soll Festa eruieren, wie viel die Syscom (bzw. der in die Spot eingebrachte Geschäftsanteil) bei der Vertragsunterschrift im August 2007 wert war. Das zu errechnen könnte allerdings dauern, denn derzeit ist man laut Richt-

er „mit Unterlagen etwas dürftig ausgestattet“.

Eine Unterlage kam am Dienstag dazu. Der Klägeranwalt legte ein Privatgutachten von Wirtschaftsprüfer Gerhard Altenberger vor. Der meint, dass Syscom schon Ende 2006 und Mitte 2007 insolvenzreif gewesen sei; die KPMG hätte keine uneingeschränkten Bestätigungsvermerke erteilen dürfen. KPMG kann das „in keiner Weise nachvollziehen“ und verweist darauf, dass auch „die folgenden Jahresabschlüsse 2007/2008 von einer vom Käufer bestellten Wirtschaftsprüfungskanzlei uneingeschränkt testiert wurden“.

Aus E-Mails erschließt sich jedenfalls, wie angespannt die Lage in der Syscom vor dem Verkauf war. In Juni 2007 nannte der damalige RIB-Chef die Zahlen „katastrophal“, der Umsatz betrage „nur 40 % dessen, was wir machen wollten/müssten“. Drei Wochen vor Vertragsunterzeichnung lagen die Nerven blank. Statt erwarteten 115.000 Euro „verlieren wir im Juni ... zwischen 0,7 und 0,9 Millionen Euro!!!“, schrieb der Raiffeisen-Mann, und fragte: „Wie ist das möglich? Wo ist das Loch im Boden? ... Dieses Ergebnis gefährdet den Verkauf massiv!“

Zustande gekommen ist er dann doch. Im Frühling wird weiterverhandelt.

KURZ GEMELDET

Kritik an kleiner Ökostromnovelle

Wien – Die kleine Novelle des Ökostromgesetzes startet. Wesentliche Punkte sind Regelungen für Biogasanlagen, die gemeinsame Nutzung von Fotovoltaikanlagen im Mehrfamilienhäusern sowie eine Fristverlängerung für bereits beantragte Windräder. Durch eine Verlängerung der alten Fördermechanismen auf Kosten aller Stromverbraucher – Haushalte wie Unternehmen –, würden die gegenwärtigen Probleme nochmals um sieben Jahre verlängert, anstatt sie zu lösen, kritisiert die Industriellenvereinigung. Zudem wird die Ausstiegsprämie für defizitäre Biogasanlagen skeptisch gesehen. (red)

Ankerbrot steigt bei Linauer & Wagner ein

Wien – Die Ankerbrot AG kauft sich in die niederösterreichische Großbäckerei Linauer & Wagner mit 65 Prozent ein. Alle Shops und Standorte beider Betriebe sollen unter der jeweiligen Marke weitergeführt werden, wurde versichert. Ankerbrot, 1891 in Wien gegründet und allein hier mit 108 Filialen vertreten, hat rund 1100 Mitarbeiter und ist laut eigenen Angaben der größte Bäckereifilialist Österreichs. Linauer & Wagner beschäftigt in Summe rund 350 Personen. (red, APA)

H&M-Betriebsrat hilft Arbeitern in Bangladesch

Berlin – Der Gesamtbetriebsrat des Modekonzerns H&M in Deutschland macht sich für die Beschäftigten in Zulieferfabriken in Bangladesch stark. Das Unternehmen müsse sich dafür einsetzen, „dass die Fabriken wieder öffnen, alle Entlassenen wieder eingestellt und höhere Löhne gezahlt werden“, forderte die Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, Saskia Stock, laut Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. H&M müsse sich zudem für die Freilassung inhaftierter Streikender einsetzen. (AFP)

Dieselgate: Vergleiche von Volkswagen und Bosch

San Francisco – In der Dieselaffäre zahlen Volkswagen und Bosch hohe Entschädigungen für Besitzer größerer Autos mit Dreiliter-Motor. Volkswagen hat sich zu Zahlungen in Höhe von mindestens 1,2 Mrd. Dollar (1,1 Mrd. Euro) für Rückkäufe, Umrüstungen und Entschädigungen verpflichtet. Damit erhöht sich die Summe, die VW für Vergleiche in Nordamerika in die Hand nimmt, auf insgesamt 24 Mrd. Dollar. Im Gegensatz zum Wolfsburger Konzern hat Bosch kein Fehlverhalten eingeräumt. Dennoch zahlt er 327,5 Mio. US-Dollar an US-Zivilkläger. (dpa)

GANZ KURZ

+++ **Brexit** London will die bestehenden EU-Handelsabkommen mit Drittstaaten übernehmen. +++ **iPhone** Apple ist erstmals seit fünf Jahren wieder der größte Smartphone-Hersteller.

NAMEN



Der Abgang hat sich seit einem halben Jahr angekündigt, nun wurde er besiegelt: **Ferdinand Schmidt** (65), am längsten dienender Vorstandsdirektor im ÖBB-Konzern, verlässt die ÖBB-Gütersparte Rail Cargo Austria Ende Mai. Der ehemalige Lauda-Air-Manager ist seit 2001 bei der Bundesbahn. (ung) Foto: RCG / Andreas Scheiblecker

GZ: 437.002/0002-VI/B/5/2017



Veröffentlichung gemäß § 5 Stellenbesetzungsgesetz, BGBl. I Nr. 26/1998

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gibt bekannt, dass Herr **Mag. Richard FUCHSBICHLER**, MBA mit Wirkung vom 15. Februar 2017 vom Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zum Geschäftsführer der IEF-Service GmbH für eine Funktionsperiode von fünf Jahren bestellt wurde.

An der Entscheidung haben SC Mag. Roland Sauer, SC Dr.ⁱⁿ Brigitte Zarfl, MMag. Dr. Helwig Aubauer, Mag. Klaus Illmeier und Frau Mag.^a Daniela Niederbichler mitgewirkt.

Wien, im Jänner 2017

Für den Bundesminister: SC Mag. Roland SAUER